

übertrieben. Sie hielten sich in engen Grenzen, deuten höchstens einen Trend an, wobei die Verschiebungen – eine Ausnahme bildeten mit +1,1 Prozent Zuwachs im Senat lediglich die Sozialdemokraten – sich auf die Stellen hinter dem Komma beschränkten. Auch für diese Parteien waren die Wahlen von 1976 mit ihrem Duell zwischen DC und KPI eine Ausnahmesituation. Vor die Wahl gestellt, eine kommunistisch geführte Regierung hinnehmen zu müssen oder die noch als klerikal eingestufte DC zu wählen, entschieden sich manche liberalen Wähler der Mitte lieber für die Christdemokraten. Damals schienen die Parteien der laizistischen Mitte fast aufgegeben zu sein. Sie (Liberale, Sozialdemokraten und Republikaner zusammen) erreichen aber auch jetzt nicht einmal ganz den Stimmenanteil von 1972. Auch hier handelt es sich also eher um die Rückkehr zu normalen Verhältnissen als um wirkliche Gewichtsverschiebungen. Und das bedeutet in Italien immer Schwächung der Partei der relativen Mehrheit, stärkere Stimmenstreuung, Erschwerung von Mehrheitsbildungen, Sackgassen.

Eine historische Chance vertan

Manches wurde durch das Wahlergebnis zunächst allerdings auch vereinfacht. Die *Möglichkeiten der Regierungsbildung* haben sich weiter reduziert. Die bürgerliche Mitte hat keine Mehrheit. Der „Historische Kompromiß“ zwischen Kommunisten und Christdemokraten bietet sich nicht an, nicht nur weil ihn die Wähler gegenüber den Kommunisten wie gegenüber den christlichen Demokraten desavouiert haben, sondern weil die DC im Falle eines direkten Regierungsbündnisses mit den Kommunisten mit Sicherheit auseinanderfallen würde. Langfristig könnte er freilich eine Versuchung bleiben, wenn die leicht gestärkten Sozialisten (9,8 Prozent bei den Parlaments- und 11 Prozent bei den Europawahlen) oder die Parteien der Mitte überziehen. Vorläufig gibt es keine Alternativen, sondern höchstens zwei, drei Varianten: ein Regierungs-

bündnis zwischen DC, Sozialisten und laizistischen Bürgerlichen oder zwischen DC und Sozialisten allein oder, wahrscheinlicher als dritte Variante, ein von DC, Republikanern und Sozialdemokraten neugebildetes Kabinett, vermutlich unter einem neuen Regierungschef, das von den Sozialisten toleriert wird. Zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die gegenwärtige Führung sich durchsetzt, könnten die Sozialisten auch selbst in ein solches Kabinett eintreten. Eine einigermaßen stabile Regierung auf Dauer könnte nur entstehen, wenn sich Sozialisten und Sozialdemokraten u.U. unter Preisgabe des entschieden kommunistenfreundlichen linken Flügels einander annäherten und als geeinte sozialistisch-sozialdemokratische Partei mit der DC ein Bündnis eingingen. Ein solches Bündnis verfügte nicht nur über eine solide parlamentarische Mehrheit, es könnte mit seinem größeren Gewicht in der Arbeiterschaft bei klarer Abgrenzung auch einer starken kommunistischen Opposition Pa-

roli bieten. Aber was politischer Vernunft entspräche, mag unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr sein als eine Wunschvorstellung.

Doch selbst wenn es einmal dahin käme, wäre *die DC* selbst damit noch lange nicht über den Berg. Sie hatte bei diesen Wahlen eine historische Chance, sie hat sie vertan, nicht weil sie nicht genügend antikommunistisch war, sondern weil sie es nicht schaffte, mehr Profil zu zeigen. Nur eine dazu noch lauwarme Absage an eine gemeinsame Regierung mit Kommunisten genügt in einer Zeit, in der die Kommunisten nicht als unmittelbare Gefahr wie 1976 erlebt werden, nicht mehr, um neugewonnene Sympathisanten und Wähler zu binden und weitere hinzugewinnen. Erste Versuche von 1976, sich neuen bürgerlichen Wählerschichten zu erschließen, wurden kaum fortgesetzt. Da brachte auch die wieder stärkere Zuwendung traditioneller katholischer Wählerschichten nicht viel ein.

A. D.

Manila – Kein Meilenstein für UNCTAD

In den Morgenstunden des Pfingstsonntags (3. 6. 79) schloß die 5. Welt-handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD V) in Manila ihre vierwöchigen Beratungen ohne Beschlüsse in den Kernfragen der Tagesordnung. Die nächtlichen Vermittlungsversuche vor der Abschlußsitzung blieben ohne Ergebnis.

Die Haltung des Gastgeberlandes

Die *philippinische Regierung* hatte mit großem Aufwand die UN-Konferenz dazu benutzt, Gastlichkeit zu demonstrieren, die die wirkliche wirtschaftliche und politische Lage des Landes verschleierte. Mit perfekter Organisation sorgte das Präsidentenpaar *Marcos* für einen reibungslosen Ablauf der Konferenz.

18 Luxushotels und das technisch modern ausgestattete Internationale Kongresszentrum der Philippinen gaben für

5000 Delegierte aus 159 Staaten und zahlreiche Vertreter internationaler Organisationen einen Tagungsrahmen ab, der allen nur denkbaren Komfort bot, der aber gemessen an der Situation des Durchschnittsphilippinos eine Scheinwelt war. Einige hundert neue klimatisierte Mercedesfahrzeuge standen den Delegationen zur preisgünstigen Anmietung zur Verfügung. Ein Beiprogramm, von der Regierung organisiert, bot Zeitvertreib beim Segeln, Golfspiel, Polo, Wasserski oder bei Ausflügen zu landschaftlich reizvollen Gegenden. Ein Präsidentendekret erließ allen Delegierten die Mehrwertsteuer, die bei den Hotelrechnungen anfiel.

Die Delegationen hatten Mühe, angesichts solch überwältigender Gastlichkeit ihre Dankesworte an Präsident *Marcos* und die „First Lady“, *Imelda Romualdez Marcos*, Gouverneur der Metropole Manila und Minister für Siedlungswesen, nicht zu überschwinglich zu gestalten. Es war of-

fensichtlich, daß das seit 1972 mit Kriege recht herrschende Präsidentenpaar jede Gelegenheit, die die UNCTAD bot, nutzte, um internationale Anerkennung, Dank und Huldigung befriedigt entgegenzunehmen. Dazu dienten zahlreiche Gespräche des Präsidenten mit führenden Staatsmännern aus aller Welt ebenso wie die Reden der „First Lady“ vor dem Plenum der UNCTAD, die unter dem Motto standen „Menschliches Überleben – unsere gemeinsame Sache“ und „Befreiung des Menschen durch den Menschen“.

Das Bemühen um internationale Anerkennung und Reputation war unverkennbar. Nur wenige Delegationsmitglieder, darunter Bundesminister Otfergeld, durchbrachen diese glitzernde Kulisse und informierten sich über die Probleme der Masse der Bevölkerung vor Ort: in Tondo, dem größten Slum Asiens, oder in den Zuckerrohrplantagen der Insel Mindanao.

Ohne bemerkenswerte Konfrontation

UNCTAD V lief in diesem sorgfältig vorbereiteten Rahmen ohne bemerkenswerte Konfrontation und eher im Zeichen einer gewissen Resignation ab. Während in den ersten beiden Wochen die Vertreter der einzelnen Staaten im Plenum allgemeine Erklärungen abgaben, begannen gleichzeitig die Beratungen von Arbeitsgruppen der westlichen Industrieländer (Gruppe B), der Entwicklungsländer (Gruppe 77) und der sozialistischen Industrieländer (Gruppe D), um die Positionen zu den einzelnen Verhandlungsthemen abzustimmen, die in 8 Verhandlungsgruppen diskutiert wurden.

In dieser Phase der UNCTAD V zeigte sich, daß die Entwicklungsländer für ihre in Arusha allgemein formulierten Positionen nur sehr schwer konkrete Resolutionsvorschläge erarbeiten konnten. Die *unterschiedliche Interessenlage einzelner Entwicklungsländer und regionaler Gruppen* wurden deutlich. Gesonderte Beratungen der lateinamerikanischen, asiatischen und afrikanischen Staaten zogen sich in die Länge. Das Prinzip, einen gemeinsa-

men Sprecher der Gruppe 77 für die einzelnen Verhandlungsgruppen zu bestimmen, war nicht länger aufrechterhalten. Nur mühsam konnten Kompromißformeln für die Resolutionsentwürfe gefunden werden.

Entgegen der bisherigen Praxis warteten die westlichen Industrieländer die *Vorschläge der Gruppe 77* nicht ab, um dann darauf zu reagieren. Sie verständigten sich vielmehr in einigen wichtigen Punkten, wie der Frage der Beurteilung der internationalen Wirtschaftslage auf eigene Entschlußentwürfe, die sie aber zurückhielten, bis die Position der Entwicklungsländer veröffentlicht wurde.

Dieses Vorgehen führte einerseits zu klar umrissenen gegensätzlichen Verhandlungspositionen, erschwerte aber andererseits auch die Verhandlungen selbst und bewirkte zum Teil eine Flut von mehr als 20 Resolutionsentwürfen und Arbeitspapieren in einzelnen Verhandlungsgruppen.

Mageres Ergebnis

Wer die Ergebnisse der UNCTAD V messen will, muß neben der Fülle der Resolutionsvorlagen auch die große Zahl vorbereitender Dokumente des UNCTAD-Sekretariats und internationaler Institutionen zu einzelnen Verhandlungspunkten bedenken. Erst dann wird das volle Ausmaß der Diskrepanz zwischen Vorarbeit, umfangreicher Tagesordnung und magerem Ergebnis voll deutlich.

So konnte in der Verhandlungsgruppe I über die *Bewertung der Situation des Welthandels* und der Weltwirtschaft sowie über Maßnahmen für einen strukturellen Wandel wegen tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten gar kein Beschluß gefaßt werden. In der Beurteilung der Interdependenz des wirtschaftlichen Handelns gingen die Meinungen weit auseinander. Die Einbeziehung der Probleme der Energieversorgung in die Erörterung scheiterte am Widerstand der OPEC-Staaten. Diese konnten auch solche Entwicklungsländer für die Unterstützung ihrer Position gewinnen, die selbst be-

sonders stark unter Energieproblemen leiden, indem sie ihnen Sonderbehandlungen und zusätzliche Hilfen zusagten. *Al-Janabi*, der Sprecher der OPEC-Staaten, warf den Industrieländern vor, sie seien für die Ölpreiserhöhungen verantwortlich, weil sie die Preise für Industrieprodukte ständig unangemessen erhöhten und weil sie überdies unverhältnismäßig viel der beschränkten Ölvorräte für ihren Verbrauch beanspruchten.

In der *Frage des Protektionismus* einigte man sich lediglich auf allgemeine Empfehlungen zu dessen Abbau und auf die Vorlage eines Jahresberichtes. Für die Gruppe 77 äußerte Mexiko tiefe Enttäuschung über die Zurückstellung konkreter Maßnahmen. Es warf den Industriestaaten mangelnden politischen Willen vor. Der allgemeine Rohstofffonds war wegen der vorausgegangenen Einigung vom März 1979 in Genf an sich nicht mehr Gegenstand der Verhandlung. Die zügige Ausarbeitung entsprechender Vertragstexte wurde gefordert. Das Sekretariat erhielt den Auftrag, eine Studie über Ausgleichszahlungen beim Preisverfall von Rohstoffen zu erstellen.

Für alle Entwicklungsländer gab Kuba ein Statement zum Fernbleiben der Europäischen Gemeinschaft vom Internationalen Zuckerabkommen von 1977 ab. Darin wird gerügt, daß die Zuckerexporte der EG sich von durchschnittlich 295 000 Tonnen (1971 bis 1975) auf jährliche 3 Millionen Tonnen im Jahre 1978 erhöht haben. Wörtlich heißt es in der Stellungnahme: „Wenn die Gemeinschaft wirklich unter Beweis zu stellen wünscht, daß ihre erklärte Unterstützung von Rohstoffabkommen und integriertem Fonds ernst gemeint ist, soll sie dies durch Taten, nicht durch Worte tun.“

Die Forderung der Entwicklungsländer nach einer angemessenen *Mitsprache in internationalen Finanz- und Währungsfragen* stieß auf den geschlossenen Widerstand der Industriestaaten. Zur öffentlichen Entwicklungshilfe werde lediglich empfohlen, sie möglichst schnell an das Ziel von 0,7% des Bruttosozialprodukts heranzuführen. Weder werde ein Zeitziel genannt, noch blieb es bei der ur-

sprünglich vorgesehenen Rüge der Bundesrepublik, der USA und Japans wegen besonders niedriger Leistungen.

Besonders dringend hatten die Entwicklungsländer Maßnahmen zur *Erleichterung des Technologietransfers* gefordert. Sie wiesen darauf hin, daß 75% der Weltbevölkerung nur über weniger als 5% des wissenschaftlichen und technischen Potentials verfügen. Die Behandlung dieser Fragen wurde UN-Sonderkonferenzen übertragen. Das Problem der Abwanderung von Fachkräften aus der Dritten Welt (Brain Drain) und der Entwicklung spezifischer Technologien für Entwicklungsländer soll zunächst Sonderstudien überlassen bleiben.

Die Entwicklungsländer verlangen seit langem eine stärkere Beteiligung an der Handelsschifffahrt. Über finanzielle und technische Hilfen für einen entsprechenden Flottenausbau und über eine Beteiligung am Massentransport zur See konnte keine Einigung erzielt werden. Nur die UN-Konvention über einen Verhaltenskodex der

Schiffseigner von 1974 kann nun bald in Kraft treten, da die Europäische Gemeinschaft ihren Beitritt in Aussicht gestellt hat.

Sofortprogramm

Positiv hervorzuheben ist lediglich der Beschluß über ein *Sofortprogramm für die am wenigsten entwickelten Länder*. Für die Zeit von 1979 bis 1981 ist eine massive Wirtschaftsunterstützung, die Förderung von Projekten, die auf die Befriedigung dringender sozialer Bedürfnisse zielen, und die Unterstützung größerer Entwicklungsanstrengungen vorgesehen. In den 80er Jahren sollen in diesen Ländern international anerkannte Minimum-Standards in der Ernährung, im Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Transport sowie bei der Ausbildung und Arbeitsplatzbeschaffung erreicht werden. Die Verdoppelung der Hilfe für diese Länder soll so schnell wie möglich erfolgen. Selbst dies ist wiederum eine Relativierung, denn ursprünglich war eine

Verdoppelung der Hilfe bis 1981 vorgesehen.

Die Industriestaaten haben keine wesentlichen Zugeständnisse in Manila gemacht. Es bleibt abzuwarten, ob die Enttäuschung der Entwicklungsländer zu einer stärkeren Zusammenarbeit untereinander führen wird.

Zur Eröffnung der UNCTAD V hatte Papst Johannes Paul II. in einer Botschaft an den UNCTAD-Generalsekretär Gamani Corea geschrieben: „Ich teile die Überzeugung, daß der Mut zu den konkreten Entscheidungen, die getroffen werden müssen, und die Inspiration für neue Ideen zur Meisterung der Zukunft von Menschen kommen werden, die sich stärker ihrer unübertrefflichen Würde, der kreativen Möglichkeiten ihres Geistes, der Kraft ihrer verschiedenen Kulturen und der mächtigen moralischen Dynamik bewußt werden, die sie dazu treibt, Gerechtigkeit, Frieden und brüderliche Zusammenarbeit zu suchen.“ Menschen mit solcher Inspiration und mit Mut zum Handeln fehlten bei UNCTAD V. M. S.

Entwicklungen

Das direkt gewählte Europäische Parlament

Eine neue Qualität im Integrationsprozeß?

Vom großen historischen Ereignis bis zur Spiegelfechterei politischer Ohnmacht erstreckt sich das Spektrum kommentierender Aussagen über die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments vom 7. und 10. Juni 1979. Selbstverständlich wird erst die Zukunft, gestaltet vom politischen Willen und Können der für die europäische Einigungspolitik nun unmittelbar legitimierten Volksvertreter, zeigen, in welche Richtung das Pendel schwingt. Aus der Entstehungsgeschichte des Direktwahlbeschlusses, aus dem Erbe des seit 1952 bestehenden parlamentarischen Gremiums im Rahmen der Gemeinschaftsorgane sowie aus den Wahlergebnissen lassen sich jedoch einige Schwerkräfte und künftig mögliche Entwicklungslinien ablesen.

Direktwahlkonzeption und ihre Verwirklichung

Zu Beginn der fünfziger Jahre haben die sechs Kernländer der Europäischen Gemeinschaft, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und die Beneluxländer, den Weg der europäischen Integration aus den politischen Erfordernissen und Möglichkeiten des Augenblicks heraus mit der Bildung der *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* begonnen. Einem technokratischen Lenkungsorgan, der Hohen Behörde, wurden grenzüberschreitende unmittelbare Entscheidungsbefugnisse über den Kohlebergbau und die Stahlindustrie übertragen. Den drei politischen Vorkämpfern dieses Projekts, Robert